

Algeriens islamistische Akteure: Trittbrettfahrer des „Arabischen Frühlings“ mit bescheidenem Erfolg

Isabelle Werenfels

Zusammenfassung

In keinem nordafrikanischen Land hat der „Arabische Frühling“ mit Blick auf das religiöse Spektrum so wenig Veränderungen mit sich gebracht wie in Algerien. Auch hier sind neue islamistische Parteien legalisiert worden und gewinnen salafistische Strömungen an Popularität. Doch bei den Parlamentswahlen vom 10. Mai 2012 mussten die islamistischen Parteien Sitzverluste hinnehmen. Letztlich ist es in Algerien trotz der Umbrüche in den Nachbarstaaten weder zu strukturellen Verschiebungen im autoritären Machtgefüge zugunsten islamistischer Akteure noch zu substantiellen Veränderungen innerhalb des islamistischen Spektrums gekommen. Die Gründe hierfür sind in der gesellschaftlichen Beschaffenheit, im politischen und wirtschaftlichen System, vor allem aber im kollektiven Trauma des Bürgerkrieges der 1990er Jahre zu finden. Ob islamistische Akteure in Algerien mittelfristig dennoch an gesellschaftlichem Einfluss und politischer Macht gewinnen, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sie den algerischen Fragmentierungsdynamiken entgegenwirken können. Noch entscheidender aber für die Entwicklungen in Algerien wird die Bilanz islamistischer Regierungen und insbesondere auch islamistisch-salafistischer Aktivitäten in den Nachbarstaaten sein. Nur wenn sich dort ökonomische Erfolge, demokratische Konsolidierung und staatliche Stabilisierung abzeichnen, besteht eine Chance, dass sich die breite algerische Bevölkerung gegen den Status quo auflehnen und auf ein islamistisches Experiment einlassen wird.

1. Algerien als Sonderfall

In Algerien findet sich mit Blick auf politische Akteure aus dem religiösen Spektrum eine grundlegend andere Ausgangssituation als in den anderen Staaten Nordafrikas: Das Jahr 2011 hat in Algerien keine politische Zäsur dargestellt.¹ Hier ist es weder zu landesweiten, berufsgruppen- und schichtübergreifenden Aufständen noch zu einem Regimewechsel oder auch nur Regimewandel gekommen. Zwar kündigte

Präsident Bouteflika im Frühjahr 2011, unter dem Eindruck der Aufstände in anderen Staaten Nordafrikas, politische Reformen an und ließ neue Medien-, Vereinigungs-, und Parteiengesetze in Konsultation auch mit islamischen Akteuren erarbeiten. Darüber hinaus soll das am 10. Mai 2012 gewählte neue Parlament Vorschläge für eine Verfassungsreform ausarbeiten. Im Vorfeld der Wahlen hatte die Regierung überdies mehrere Dutzend Parteien neu legalisiert, darunter auch zwei islamistische und zwei islamisch-nationalistische. Dennoch veränderte sich an den Grundstrukturen des algerischen Systems kaum etwas und nur wenige Akteure des islamischen Spektrums in Algerien konnten von den Dynamiken in der Region profitieren. In den Wahlen 2012 verzeichneten die islamistischen Parteien zusammengenommen sogar Sitzverluste. Überwältigender Gewinner war die ehemalige Einheitspartei FLN (Front de Libération Nationale) mit über 40 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dieses Ergebnis lässt sich nicht nur mit dem nach wie vor autoritären Charakter des algerischen Systems und damit verbundenen Wahlmanipulationen erklären. Die Gründe hierfür sind vielfältiger.

1.1. Die Geister der Vergangenheit

Ganz entscheidend für Status und Spielraum politischer Akteure mit religiösem Hintergrund ist die Tatsache, dass Algerien in jüngerer Vergangenheit einen Bürgerkrieg (1992–1999) erlebte, der unterschiedlichen Quellen zufolge zwischen 60.000 bis 150.000 Todesopfer forderte. Diesem Konflikt war zwischen 1989 und 1991 ein „politischer Frühling“ mit demokratischen Wahlen vorausgegangen, der zum Erstarken der Islamischen Heilsfront (Front Islamique du Salut/FIS) führte.² Als die Militärführung 1992 die Macht übernahm, um einen Sieg des FIS bei den Parlamentswahlen zu verhindern, gingen radikale Mitglieder der Partei und Unterstützer in den Untergrund und es kam zur gewaltsamen Konfrontation.

Der „Arabische Frühling“ 2011 löste folglich bei vielen Algeriern ein Déjà-vu-Erlebnis aus.³ Zwar verstärkten die Umbrüche in Tunesien, Ägypten und Libyen auch bei der algerischen Bevölkerung den Wunsch nach einem Regimewandel oder einem Regimewechsel. Aber sie weckten gleichzeitig auch die Geister der Vergangenheit. Säkulare Politiker, Regierungsvertreter und große Teile der algerischen Presse rückten nicht die Demokratisierungsanstrengungen, sondern die Destabilisierung der Nachbarstaaten, das Blutvergießen und das Zirkulieren von

Waffen in der Region in den Mittelpunkt und warnten vor „der islamistischen Welle“.⁴ Nicht zuletzt die Intervention der NATO in Libyen zur Unterstützung der Opposition gegen das Qaddafi-Regime rief Traumata im algerischen kollektiven Gedächtnis wach, deren Wurzeln im antikolonialen Befreiungskampf liegen. Die Sorge vor der „ausländischen Hand“ wird von nahezu allen politischen Akteuren geteilt und von der Staatsführung seit 2011 besonders instrumentalisiert.⁵

Angesichts ihrer traumatischen Erfahrungen und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in Teilen Algeriens noch immer bewaffnete islamistische und/oder kriminelle Gruppen aktiv sind, ist die Bevölkerung derzeit ausgesprochen sicherheits- und stabilitätsorientiert. In der Folge vermeiden selbst oppositionelle Akteure Diskurse oder Aktivitäten, die als destabilisierend oder gewaltlegitimierend eingestuft werden könnten.

Ein Grund, warum Staatspräsident Bouteflika bei den Präsidentschaftswahlen 2004 und 2009 so gut abgeschnitten hatte, hing mit seinen Bemühungen zur Beilegung des gewaltsamen Konflikts zusammen. Ihm wurde (und wird) die Re-Stabilisierung des Landes zugeschrieben,⁶ was ihm nicht zuletzt dank der strategischen Verteilung der hohen Erdöl- und Erdgaseinnahmen gelang, mit der er sozialen Frieden erkaufte. Die sozialen Proteste, die mit dem „Arabischen Frühling“ an Dynamik gewannen, konnte Bouteflika unter anderem mit massiven Lohnerhöhungen in Schach halten.⁷

1.2. Die politische Kultur der Fragmentierung

Das islamistische Spektrum Algeriens ist mit fünf legalen islamistischen Parteien, zwei islamisch-nationalen und der verbotenen und in sich zersplitterten FIS-Partei fragmentiert und dadurch insgesamt geschwächt. Eine algerische Besonderheit im Vergleich zu Tunesien, Ägypten und Marokko ist zum Beispiel, dass keine islamistische Partei die politische Landschaft in ähnlicher Weise dominiert wie Ennahda in Tunesien, die Freedom and Justice Party (FJP) in Ägypten oder die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) in Marokko.

Die stärkste islamistische Kraft und drittstärkste Kraft des im Mai 2012 gewählten Parlaments, die sogenannte Grüne Allianz Algeriens, kam auf 50 von 462 Sitzen und damit nur auf knapp 11 Prozent der Sitze. Diese Allianz besteht aus drei islamistischen Parteien, von

denen die Bewegung der Gesellschaft und des Friedens (MSP)⁸ die mit Abstand stärkste Kraft ist. Ihre Partner, Ennahda und El-Islah, sind winzige Parteien, die im vorherigen Parlament nur mit wenigen Sitzen vertreten waren. Auf die zweitstärkste islamistische Partei, die Partei Adala (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung),⁹ entfielen sieben Sitze. Die dritte islamistische Partei im Parlament, die Front für Wandel (Front du Changement Algérie/FC) musste sich mit vier Sitzen zufrieden geben. Keinen einzigen Sitz holten die zwei Parteien, die nicht eindeutig zum islamistischen Spektrum gehören, sondern eher als islamisch-nationalistisch zu bezeichnen sind, nämlich die Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (Parti de la Liberté et la Justice/PLJ) und die Front des neuen Algerien (Front de l'Algérie Nouvelle/FAN). Die Parteien FC, FAN, PLJ und Adala wurden erst Anfang des Jahres 2012 legalisiert. Nach wie vor verboten ist der islamistische FIS. Seine ehemaligen Kader bleiben vom politischen Prozess ausgeschlossen.¹⁰

Die Zersplitterung der Islamisten lässt sich mit einer erfolgreichen Divide-et-impera-Strategie der Staatsführung erklären, die in der fragmentierten algerischen Gesellschaft auf einen fruchtbaren Boden fällt.¹¹ Islamistische Akteure mit ähnlicher politischer Ausrichtung werden unterschiedlich stark oder eben gar nicht in den politischen Prozess integriert. Die Legalisierung 2012 von neuen oder bis dahin nicht zugelassenen islamistischen Parteien kann nicht nur als Konzession der herrschenden Eliten an den „Arabischen Frühling“ gesehen werden; es ist auch eine Strategie, um Konkurrenz für bestehende islamistische Parteien zu schaffen. Die ausgeprägte Fragmentierung der islamistischen Akteure und überhaupt der politischen Landschaft ist jedoch auch den multiplen algerischen Machtzentren geschuldet. Neben dem Präsidenten verfügen Führungspersonlichkeiten des Militärs und hier insbesondere im Geheimdienst DRS (Département du Renseignement et de la Sécurité) über informelle, aber substantielle politische und ökonomische Macht.¹² Um die verschiedenen Machtzentren ranken sich wenig durchsichtige Klientelnetzwerke, in denen sich auch Islamisten finden.¹³

1.3. Die magere politische Bilanz der legalen Islamisten

Während in Ägypten unter Präsident Husni Mubarak, in Tunesien unter Präsident Zine El Abidine Ben Ali und in Libyen unter Revolutionsführer Mu'ammar al-Qaddafi islamistische Parteien verboten waren, sind in Algerien islamistische Parteien seit 1995 ununterbrochen in den politischen Prozess integriert. Der MSP zum Beispiel beteiligt sich seit 1997 an der Regierung und im algerischen Parlament sind seit 1997 drei islamistische Parteien vertreten. Die Folge der politischen Beteiligung islamistischer Parteien ist, dass diese in Algerien nicht (mehr) als Alternative zum bestehenden System gelten können. Die Integration in den politischen Prozess, die insbesondere vom MSP praktiziert wurde, verdeutlichte der Bevölkerung, dass sich die Politik islamistischer Parteien kaum von derjenigen der dominanten, regime-stützenden nationalistischen Parteien unterscheidet. Der religiöse Hintergrund trat nur sehr punktuell hervor, etwa im Engagement des MSP 2003 und 2006 für ein Verbot von Alkoholimporten – allerdings konnte der MSP keinen nachhaltigen Erfolg verbuchen.¹⁴

Grundsätzlich orientieren sich islamistische Akteure genauso wie andere politische Akteure an den Spielregeln des von Korruption durchdrungenen algerischen Systems. Je näher am Machtzentrum sie sich befinden, desto mehr stehen Machterhalt, persönliche wirtschaftliche Interessen und generell der Zugang zu den Ressourcen des algerischen Rentierstaates im Vordergrund.¹⁵ Beispielhaft dafür steht die Entscheidung des MSP, im Zuge des „Arabischen Frühlings“ aus der sogenannten Präsidentiellen Allianz zur Unterstützung von Präsident Bouteflika und seiner Politik mit den beiden systemstützenden Parteien FLN und RND (Rassemblement Nationale Démocratique/Nationale Demokratische Sammlung) auszusteigen, die vier MSP-Minister aber nicht aus der Regierung abzuziehen.

Seit 2011 übt sich der MSP mehr denn je im Spagat zwischen Machterhalt durch Wahrung einflussreicher Posten im System einerseits und oppositioneller Politik und Rhetorik im Parlament andererseits. Während der MSP in der Vergangenheit fast ausschließlich mit den anderen Parteien der Regierungskoalition stimmte, lehnte er 2012 die neuen Medien-, Vereins- und Parteiengesetze ab, in der Hoffnung, durch ein dezidiertes Oppositionsprofil vom Aufschwung der Islamisten in Nordafrika zu profitieren. Nach den Wahlen vom Mai 2012 und dem nicht erwarteten schlechten Abschneiden ließ die MSP-Füh-

rung verlauten, die Partei werde sich nicht mehr an der Regierung beteiligen; ehemalige MSP-Minister dagegen hielten sich bedeckt.

Als einziger der prominenten legalen Islamisten wahrte Abdallah Djaballah, der Vorsitzende der Partei Adala, Distanz zum Regime und stimmte regelmäßig gegen Regierungsvorlagen. Im weniger moderaten islamistischen Spektrum diskreditierte ihn allerdings allein schon die Tatsache, dass er sich am politischen Prozess beteiligt.¹⁶ Die Wahlergebnisse vom Mai 2012 zeigen, dass Djaballah die regimiekritischen oder regimefeindlichen Islamisten nicht zur Unterstützung seiner Partei mobilisieren konnte.

Selbst wenn von Wahlmanipulationen zu Ungunsten islamistischer Parteien auszugehen ist, dürfte die reale Stimmenabgabe für islamistische Parteien nicht überwältigend hoch gewesen sein: Nach den Wahlen protestierten zwar die Parteispitzen, aber es kam nicht zu nennenswerten Kundgebungen der Bevölkerung. Die Mehrheit insbesondere der jungen Wähler ging schlicht nicht an die Urnen; ein Grund hierfür ist, dass legale islamistische Parteien nicht (mehr) als Hoffnungsträger für einen Aufbruch gelten.

1.4. Die Kontrolle und Instrumentalisierung des religiösen Sektors

Ein weiterer wichtiger Faktor für Dynamiken innerhalb des islamischen Spektrums ist die offizielle Religionspolitik. Der algerische Staat verfolgt seit gut einem Jahrzehnt eine Politik der zunehmend verstärkten Kontrolle religiöser Orte (Moscheen, Koranschulen), Akteure (Imame, Vereinigungen) und Inhalte (Predigten, Fatwas).¹⁷ Gesetzliche Maßnahmen, die als direkte Reaktion auf die Aufstände in der Region und das damit verbundene Erstarken der Islamisten verstanden werden könnten, sind nach 2011 keine ergriffen worden sind.¹⁸ Dennoch setzen die algerischen Machthaber ganz offensichtlich auch auf den religiösen Sektor, um Protesten sowie dem Einflussgewinn der Islamisten gegenzusteuern. Im Religionsministerium lobte man im Frühjahr 2012 die mäßigende Wirkung der Imame auf die von den regionalen Entwicklungen „erhitzten Gemüter“.¹⁹

Religiöse Akteure und Institutionen sind 2012 vom Staat auch zur Mobilisierung von Wählern eingesetzt worden. Präsident Bouteflika hatte die Parlamentswahlen vom Mai 2012 zur wichtigen Etappe im von ihm als Reaktion auf den „Arabischen Frühling“ lancierten „Re-

formprozess“ erklärt.²⁰ Um diesen Prozess zu legitimieren, war eine höhere Wahlbeteiligung als bei den letzten Parlamentswahlen vonnöten. Zu diesem Zweck nutzte die Staatsführung zum einen die Moscheen: Im März 2012 hielt Religionsminister Bouabdallah Ghoulamallah die Imame dazu an, die Gläubigen an ihre Pflicht als Bürger zu erinnern. Gleichzeitig sollten sie aber keine konkreten Wahlempfehlungen abgeben.²¹ Zum anderen spannte die Staatsführung die insbesondere Präsident Boutefflika gegenüber loyalen Sufi-Bruderschaften zur Wählermobilisierung ein.²² Die Sufi-Bruderschaften werden von der Staatsführung seit den 1990er Jahren als Gegenpol zum politischen Islam gefördert und sind in weiten Teilen des Landes nach wie vor tief in der Gesellschaft verankert. Allerdings spricht wenig dafür, dass eher zum politischen Islam neigende Bevölkerungsgruppen sich stattdessen dem Sufismus zuwenden.²³

Nicht zuletzt nutzte der Staat auch das Mobilisierungspotential der Islamisten. Eine Strategie mit erheblichem Risiko für beide Seiten: Das Regime riskierte einen islamistischen Wahltriumph. Die Islamisten riskierten, mit ihrer Wählermobilisierung zur Legitimierung des Status quo beizutragen – ohne substantiell an Macht zu gewinnen. Mit dem Wahlausgang erreichte letztlich das Regime seine Ziele: Mit offiziell 42,9 Prozent lag die offizielle Wahlbeteiligung deutlich über derjenigen von 2007 – wobei unklar ist, ob diese offiziellen Zahlen der Realität entsprechen. Grundsätzlich ist von Manipulation der Wahlen auszugehen, gleichzeitig sprechen die bescheidenen Proteste der Bevölkerung nach den Wahlen nicht dafür, dass generelle Tendenzen, wie etwa die relative Schwäche der Islamisten, durch staatliche Manipulation verfälscht wurden.

2. Die legalen Islamisten: Alter Wein in neuen Schläuchen

Auf den ersten Blick hatte der „Arabische Frühling“ keinen größeren Einfluss auf das legale islamistische Spektrum Algeriens. Weder ist aus den Parlamentswahlen vom Mai 2012 eine islamistische Partei als Siegerin hervorgegangen, noch sind neue Massenparteien aufgetaucht oder haben Islamisten versucht, mit radikal neuen Forderungen zu punkten. Islamistische Akteure hatten bei den (im regionalen Vergleich milden) Protesten gegen das algerische Regime im Frühjahr 2011 kaum eine Rolle gespielt.²⁴ Den Protesten linker und säkularer Kräfte schlossen sie sich nicht an. Selbst bei genauerer Betrachtung sind seit 2011 lediglich kleinere Veränderungen im islamistischen

Spektrum festzustellen. Diese betreffen vor allem das Selbstvertrauen, die Bereitschaft untereinander zu koalieren und die Forderung nach einem parlamentarischen politischen System.

2.1. Trittbrettfahren mit wenig Erfolg

Nach Beginn der politischen Umbrüche in Tunesien, Ägypten und Libyen im Januar/Februar 2011 bis zu den Wahlen im Mai 2012 befanden sich Algeriens Islamisten in Aufbruchsstimmung. Sämtliche legalen Parteien zeigten sich zuversichtlich, von der „islamistischen Welle“ in der Region profitieren zu können – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen: Bei den algerischen Muslimbrüdern, deren wichtigste Vertreterin die Partei MSP ist, sprach man von einer „historischen Situation und Chance für unsere Familie“ und setzte darauf, dass die Wahltriumphe der Muslimbrüder in Ägypten, Marokko und Tunesien auf die „algerischen Brüder“ abfärben würden. Die Entwicklungen in der Region, so Parteichef Bouguerra Soltani im Dezember 2011, würden zeigen, dass die arabische Welt von Islamisten regiert werden möchte.²⁵

In der MSP-Zentrale, die gerade aufwändig renoviert wird, bereitete man sich vor den Wahlen nach eigenen Aussagen darauf vor, eine „grand part“, eine große, einflussreiche Partei zu werden.²⁶ Der MSP verfügt als einzige islamistische Partei Algeriens über ein ausgedehntes Netz von karitativen und Jugendorganisationen, das sie derzeit rapide ausbaut. Das Programm Jil al-tarjih, „Generation Abwägung“, in das rund 1.600 junge Algerier und Algerierinnen eingebunden sind, hat zum Ziel, zukünftige Führungskräfte hervorzubringen.²⁷ Nicht zuletzt diesen Netzwerken verdankt der MSP seine Vormachtstellung im islamistischen Parteienspektrum.

Abdallah Djaballah dagegen, dessen Partei Adala nicht den Muslimbrüdern zuzurechnen ist, hoffte, auf andere Weise von den Entwicklungen in der Region zu profitieren: Aufgrund seiner Distanz zum Regime konnte er sich als einzige legale islamistische Alternative zum bestehenden politischen Establishment und damit als algerisches Pendant zu den tunesischen und ägyptischen islamistischen Protestparteien präsentieren. Der Ausgang der Wahlen indes scheint nahezulegen, dass zumindest die Algerier und Algerierinnen, die an die Urnen gingen, Regimenähe stärker honorierten als (Fundamental-)Opposition.

Bis zu den Wahlen 2012 hofften die legalen islamistischen Parteien in Algerien, von veränderten westlichen Einstellungen gegenüber autoritären Regimen einerseits und islamistischen Akteuren andererseits profitieren zu können. Da diese in Tunesien, Marokko und Ägypten als Motor der Transformationsprozesse und als Partner für westliche Akteure angesehen würden, spüre man auch in Algerien eine größere westliche Aufgeschlossenheit gegenüber islamistischen Akteuren. Dies habe unter anderem den Druck auf das Regime erhöht, auch islamistische Parteien zu legalisieren, hieß es in den algerischen islamistischen Parteizentralen unisono.²⁸ Die Hoffnungen der Islamisten, dass Dynamiken in der Region sowie westlicher Reformdruck in Algerien zu fairen und freien Wahlen und zu einem islamistischen Wahlerfolg führen würden, erwiesen sich indes als trügerisch.

2.2. Altbekannte Akteure in neuen Konstellationen

Auch wenn sich die Zahl der islamistischen Parteien seit 2011 fast verdoppelte: Neu im eigentlichen Sinne ist keine dieser Parteien. Bei Adala handelt es sich um eine Abspaltung der Islah-Partei, bei FC, der Front für Wandel, um einen seit längerem bestehenden Dissidentenflügel des MSP. Der Gründer der FAN (Front des neuen Algerien) hatte sich mit der Führung der Islah-Partei zerstritten und der Vorsitzende der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (PLJ) schließlich war ein Kader der nie legalisierten Wafa-Partei, die Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre als Sammelbecken für Persönlichkeiten mit Verbindungen zum moderateren Flügel des verbotenen FIS galt.

Die Spaltungen bestehender Parteien haben unterschiedliche Hintergründe: Im MSP zum Beispiel handelte es sich um persönliche Rivalitäten zwischen dem Parteipräsidenten und einem Herausforderer, dem ehemaligen Industrieminister Abdelmajid Menasra, mit dem 2009 16 der damals 51 MSP-Abgeordneten die Partei verließen. Abdallah Djaballah dagegen hatte 2008 die Islah-Partei verlassen müssen, weil er sich mit seinem konsequenten Kurs der Unabhängigkeit vom Regime innerhalb der Partei nicht durchsetzen konnte. Aus demselben Grund hatte Djaballah 1999 bereits die von ihm gegründete Ennahda-Partei verlassen, die 1999 seine Kandidatur gegen Boutefflika bei den Präsidentschaftswahlen nicht unterstützen wollte.

Anstrengungen einzelner Akteure im islamistischen Spektrum 2012 für einen zumindest wahltaktischen Zusammenschluss aller islamisti-

schen Parteien scheiterten an persönlichen Animositäten und Ambitionen der Führungspersonen in den einzelnen Parteien. Hier tritt in Algerien nach wie vor eine politische Kultur des „Zaimismus“ zutage, das heißt, eine Kultur von traditionellen, charismatischen und letztlich paternalistischen und autoritären Führern. Es dürfte den wahltaktischen Zusammenschluss der Grünen Allianz vereinfacht haben, dass weder die Islah-Partei noch die Ennahda-Partei einen starken Führer haben und überdies im Vergleich zum MSP, der innerhalb der Allianz die Führungsrolle innehat, politische Leichtgewichte sind. Die Grüne Allianz und Abdallah Djaballahs Adala-Partei dagegen kooperierten selbst bei Protestaktionen nach den Wahlen 2012 nicht. Die Adala-Partei beschloss zusammen mit dreizehn linken und nationalistischen Oppositionsparteien, das neue Parlament zu boykottieren, während die MSP-geführte Grüne Allianz sich entschied, nur die Regierung, nicht aber das Parlament zu boykottieren.²⁹

Eine neuere Tendenz im legalen islamistischen Spektrum war im Frühjahr 2012 auch die weniger dezidierte rhetorische Abgrenzung gegenüber Akteuren des verbotenen FIS. Der FIS ist inzwischen in verschiedene Flügel gespalten, von denen die moderateren dem islamistischen Spektrum, die radikaleren, etwa um Ali Belhadj,³⁰ dem salafistischen Spektrum zuzurechnen sind. Sämtliche islamistische Parteien buhlten 2012 offen um die Stimmen der Basis des Ex-FIS. Zwar riefen bekannte ehemalige FIS-Kader zum Wahlboykott auf. Aber die MSP rühmte sich der guten Beziehungen zu den ehemaligen FIS-Kadern wie Abdelkader Boukhemkhem und war zuversichtlich, dass diejenigen FIS-Sympathisanten, die doch an die Urne gingen, MSP wählen würden. Die FC von Menasra konnte mit der öffentlich erklärten Unterstützung eines prominenten ehemaligen Mitglieds des FIS werben.³¹ Bis zu den Wahlen 2012 galt Abdallah Djaballah (Adala) als derjenige, der die ehemaligen FIS-Wähler am ehesten mobilisieren konnte. Nicht nur aufgrund seiner Distanz zum Regime, sondern auch, weil er im Gegensatz zu MSP und FC nicht so sehr die Mittelschichten und kleineren und mittleren Unternehmer anspricht, sondern die wenig privilegierten Schichten; und schließlich auch, weil er sich überdies offensiv dafür einsetzt, ehemaligen FIS-Kadern politische Aktivitäten zu erlauben.³² Da sowohl Menasra als auch Djaballah 2012 nur wenige Parlamentssitze gewannen, ist davon auszugehen, dass ein Großteil der ehemaligen FIS-Sympathisanten die Wahlen boykottierte.

2.3. Wenig inhaltliche Differenzen und Neuerungen

Der „Arabische Frühling“ schlug sich in den algerischen islamistischen Wahlprogrammen vor allem in einem Punkt nieder: Der Forderung nach einem parlamentarischen System, die von der Forderung nach „einem zivilen anstelle eines militärischen Systems“ begleitet wird. Diese Forderung kann im Kontext der ägyptischen und tunesischen Debatten über das zukünftige politische System und die Rolle der Armee im Staat gesehen werden. In Anlehnung an Ägypten und Tunesien hatten islamistische und nichtislamistische Parteien überdies im Vorfeld der Wahlen – allerdings vergeblich – eine aus Technokraten bestehende Übergangsregierung unter Präsident Bouteflika gefordert, die Wahlen vorbereiten und Verfassungsänderungen auf den Weg bringen sollte.³³ Auffallend dabei war, wie dezidiert sämtliche legalen islamistischen Organisationen nicht nur einen gewaltfreien, sondern – wie bereits vor dem „Arabischen Frühling“ – auch einen sanften Systemwechsel verlangten.

In den Positionen und Programmen der islamistischen Parteien veränderte sich durch die Umbrüche in der Region wenig: Korruptionsbekämpfung, Unabhängigkeit der Justiz, soziale Gerechtigkeit und Diversifizierung der Wirtschaft blieben zentrale Schlagworte. Mit Abstand das detaillierteste Programm legte die Grüne Allianz vor; die anderen islamistischen Parteien waren alle neu und hatten folglich nur wenige Monate Zeit, eine Agenda auszuarbeiten. Dabei zeigen sich zwischen den Parteien, vor allem mit Blick auf den Außenwirtschaftsbereich und auf die Beziehungen zu Europa, gewisse Unterschiede. Hier findet sich am einen Ende des Spektrums die Partei FC des ehemaligen Ministers Menasra, die eine relativ markliberale Agenda vertritt, und die Protektionismus, wie er in den aktuellen Investitionsgesetzen vorherrscht, abbauen und sich an der engen tunesischen und marokkanischen Kooperation mit der EU orientieren will.³⁴ Am anderen Ende des Spektrums steht die Adala-Partei, die eine protektionistische, sozialistische wirtschaftliche Agenda verfolgt und schon den bereits bestehenden Abkommen mit der Europäischen Union skeptisch gegenübersteht. Grundsätzlich ist Adala diejenige Partei mit der kämpferischsten Rhetorik; ihr Präsident Djaballah drohte vor der Legislativwahl am 10. Mai 2012 auch immer wieder mit Wahlboykott. Im Großen und Ganzen aber unterscheiden sich die islamistischen Positionen und Programme wenig voneinander; sie heben sich auch nicht stark von den Programmen der eher links

zu verortenden Oppositionsparteien wie der Front Sozialistischer Kräfte (FFS) ab. Dezidierte Forderungen einer Islamisierung des Systems, etwa durch eine stärkere Verankerung der Gesetzgebung in der Scharia, finden sich am deutlichsten bei Adala.

Grundsätzlich betonen alle islamistischen Parteien die Stärkung der Familie und konservative (islamische) Moralvorstellungen. Allerdings unterscheiden sie sich hierbei wenig vom islamisch-konservativen Flügel der Regierungspartei FLN unter dem ehemaligen Premierminister Abdelaziz Belkhadem; dieser teilt nicht nur die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der islamistischen Parteien, sondern ist in Bezug auf die Partizipation von Frauen in Parteigremien weniger progressiv als die meisten islamistischen Parteien.³⁵ Bei der 2005 erfolgten Modifikation des 1984 verabschiedeten Familiengesetzes, das auf islamischem Recht beruht und Frauen stark diskriminiert, war der FLN federführend und wenig bemüht, mehr als nur kosmetische Verbesserungen zugunsten der Frauen umzusetzen.

Alle islamistischen Parteien grenzen sich – zumindest in der offiziellen Rhetorik – vom gesellschaftspolitisch konservativeren salafistischen Spektrum ab. Selbst bei der Adala-Partei, die sich gesellschaftspolitisch konservativer als die Parteien der Grünen Allianz gibt, spricht man sich gegen islamischen Kleiderzwang aus. Seit einigen Jahren wird bei den algerischen islamistischen Parteien der Terminus „Partei der richtigen (oder gerechten) Mitte“ häufig verwendet. Inwieweit die offiziellen Parteipositionen und Parteidiskurse die realen Anliegen der Parteikader und vor allem auch der Parteibasis wiedergeben, lässt sich indes nur schwer beurteilen, solange islamistische Akteure aufgrund der Machtverhältnisse nicht in der Lage sind, Gesetze maßgeblich zu gestalten.

3. Das salafistische Spektrum: Die neue Herausforderung

Während sich die Stärke der parteipolitisch organisierten Islamisten anhand von Wahlergebnissen – selbst wenn diese bis zu einem gewissen Grade manipuliert sein dürften – abschätzen lässt, sind Größe und Einfluss des salafistischen Spektrums Algeriens die große Unbekannte. Offizielle Zahlen oder Schätzungen sind nicht erhältlich. Glaubt man den Eindrücken der algerischen Presse und nimmt man das Straßenbild zum Maßstab, so scheinen sich salafistische Ideologien seit ein paar Jahren stark zu verbreiten.³⁶ Der MSP und die den

Muslimbrüdern nahe stehende, traditionsreiche Vereinigung der algerischen muslimischen Rechtsgelehrten, die Association des Oulémas Musulmans Algériens, nennen die Salafisten „eine große Herausforderung“, die „aus Saudi-Arabien importiert worden sei“. Der „Arabische Frühling“ und insbesondere der Wahlerfolg der ägyptischen salafistischen Nur-Partei (Partei des Lichts) hätten die algerischen Salafisten gestärkt und ermutigt.³⁷

An offiziellen staatlichen Stellen dagegen, wie im algerischen Religionsministerium oder beim Hohen Islamischen Rat (Haut Conseil Islamique), der direkt dem Staatspräsidenten untersteht, waren die Gesprächspartner ausgesprochen zurückhaltend mit Aussagen zum Thema Salafismus; das Phänomen wird heruntergespielt. Der offiziellen algerischen Politik wird in der frankophonen nationalen Presse denn auch vorgeworfen, Salafisten in den Moscheen gewähren zu lassen, solange sie sich auf gesellschaftspolitische Angelegenheiten konzentrieren und den politischen Status quo unterstützen würden.³⁸ Dies gilt allerdings nur für eine von drei salafistischen Tendenzen, den pietistischen Salafismus (Da`wa-Salafismus). Die beiden anderen Tendenzen, der politische und der militante, jihadistische Salafismus werden vom Staat bekämpft. Gemeinsam ist diesen drei Tendenzen, dass sie eine Rückkehr zu den Wurzeln des Islam anstreben. Dies allerdings mit unterschiedlichen Mitteln.

3.1. Pietistische Salafisten: Gegen den „Arabischen Frühling“

Die zahlenmäßig größte Gruppe unter den algerischen Salafisten dürften die apolitischen, pietistischen Salafisten bilden. Gleichzeitig ist es die Tendenz, über die am wenigsten bekannt ist. Hierbei handelt es sich um Individuen und Familien, oft aus der Mittelklasse, die einen äußerst konservativen Islam leben. In immer mehr algerischen Städten existieren inzwischen ganze salafistische Viertel.³⁹ Ihr Ziel, ein Kalifat, wollen die Da`wa-Salafisten über die Re-Islamisierung der Gesellschaft erreichen. Politische Partizipation in einem säkularen Staat lehnen sie genauso ab wie die Gewalt der jihadistischen Salafisten.⁴⁰ Ihre Haltung zum algerischen Staat ist neutral, sie vermeiden Konflikte mit den staatlichen Autoritäten und werden von diesen auch geduldet. Bislang schlug sich das zivilgesellschaftliche Engagement dieser Salafisten in keinen sichtbaren organisatorischen Strukturen, die über die lokale Ebene hinausgehen, nieder. Dies ist sicherlich auch eine Folge der seit dem Bürgerkrieg restriktiven staatlichen Zulassung

religiöser Vereinigungen.⁴¹ Die ideologischen Hochburgen der pietistischen Salafisten sind die islamischen Fakultäten der Universität Emir Abdelkader in Constantine sowie der Universität Algier in Caroubier. Ihr derzeit prominentester Vertreter ist Mohamed Ali Ferkous,⁴² ein Professor für Islamwissenschaften in Caroubier, der auch in zwei verschiedenen Moscheen in Hydra (Stadtteil von Algier) predigt bzw. Imame und Koranschüler unterrichtet. Der gesellschaftliche und damit auch politische Einfluss von Ferkous scheint beachtlich zu sein. 2010 nahm das algerische Innenministerium die Entscheidung, für den biometrischen Pass nur Fotos ohne Bart und ohne Gesichtsschleier zu akzeptieren, unter dem Druck eines von Ferkous ausgesprochenen Rechtsgutachtens (Fatwa) zurück.⁴³ Grundsätzlich richten sich die von Ferkous erstellten Rechtsgutachten nicht gegen den politischen Status quo – trotz seiner Präferenz für ein Kalifat. Im „Arabischen Frühling“ stellte er sich klar auf die Seite des Regimes und publizierte eine Fatwa, die den Opfern von gegen das Regime gerichteten Demonstrationen den Status von Märtyrern abspricht.⁴⁴ Der von den pietistischen Salafisten verbreitete obrigkeitshörige Diskurs dürfte der Hauptgrund sein, warum die Staatsführung diese salafistische Tendenz in den Moscheen und im Internet gewähren lässt.

3.2. Politische Salafisten: Mit dem „Arabischen Frühling“

Im Gegensatz zu den pietistischen Salafisten verfolgen die politischen Salafisten ihre Ziele über dezidiert politische Aktivitäten. Dabei verwenden sie die gleichen Instrumente wie die Muslimbrüder, das heißt, Partizipation, Demonstrationen sowie die Gründung von Vereinen – allerdings werden solche in Algerien nicht legalisiert. Hier können die politischen Salafisten weder legal agieren wie in Ägypten, noch öffentlich manifestieren wie in Tunesien, wo auch die ähnliche Positionen wie die Salafisten vertretende Befreiungspartei (Hizb al-tahrir) legalisiert wurde.⁴⁵ Die Repression in Algerien führte dazu, dass sich so gut wie keine politischen Salafisten mit nationaler Ausstrahlung oder nationalem Einfluss mehr finden. Paradigmatisch verkörpert wird diese Richtung des Salafismus seit über zwei Jahrzehnten von Ali Belhadj. Belhadj ist die ehemalige „Nummer Zwei“ des verbotenen FIS. Er war der Anführer des salafistischen Flügels der Partei. Den Muslimbrüdern (nicht nur in Algerien) sowie anderen als moderat geltenden islamistischen Parteien werfen die politischen Salafisten vor, den Islam zu stark modernisiert zu haben und mit dem Regime zu kooperieren.⁴⁶ Im Gegensatz zu bewaffneten Salafisten (oder Jihadisten)

rufen sie aber auch nicht zu Gewalt auf. Ob aus Überzeugung oder weil dies in Algerien nicht mehr ungestraft geschehen kann, lässt sich nicht feststellen.

Den „Arabischen Frühling“ begrüßten die politischen Salafisten in Algerien explizit. Ali Belhadj wurde im Rahmen von Demonstrationen mehrmals für kurze Zeit verhaftet, unter anderem vor der syrischen Botschaft in Algier im Februar 2012.⁴⁷ Die Umbrüche in der Region ermutigten Algeriens politische Salafisten, sich wieder öffentlich zu manifestieren, wenn auch bislang nur in kleinem Rahmen. Als (nicht legale) Organisation in Erscheinung getreten ist vor allem die Gruppe Renaissance des Enfants des Mosquées d'Algier (Wiedergeburt der Kinder der Moscheen Algiers). Deren Sprecher Abdelfateh Ziraoui Hamdache sowie El-Hachemi Sahnouni, ehemaliges Mitglied des Schura-Rates des verbotenen FIS, riefen im Oktober 2011 die Bevölkerung dazu auf, die Schließung von Geschäften, die Alkohol verkaufen, zu verlangen. Im Juni 2011 hatte Sahnouni einen Zehn-Punkteplan für einen friedlichen Weg aus „der algerischen Krise“ präsentiert. Darunter fanden sich widersprüchliche Forderungen wie die Einführung der Scharia als Grundlage aller algerischen Gesetze, die Gleichheit zwischen Mann und Frau sowie die Respektierung individueller und kollektiver Freiheiten. Nicht zuletzt plädierte Sahnouni – im Gegensatz zu allen legalen islamistischen Akteuren – für ein starkes präsidentiales System, das dem Präsidenten erlaubt, in aller Freiheit zu regieren.⁴⁸

Insgesamt gesehen veränderten sich aber die Diskurse dieser Salafisten seit dem „Arabischen Frühling“ kaum: Sie konzentrierten sich weiterhin auf die nationale Arena – regierungsfeindlich waren sie schon vor 2011. Belhadj zum Beispiel erhebt sich seit Jahren nach jeder Freitagspredigt und hält flammende Reden zu aktuellen politischen Themen, in jüngerer Zeit etwa zur Inkompetenz des Regimes im Umgang mit Naturkatastrophen oder gegen das neue Parteiengesetz.⁴⁹ Wie bei allen Wahlen seit 1991 riefen ehemalige Kader des FIS auch 2012 zum Wahlboykott auf. Umstritten war die erwähnte Wahlempfehlung des ehemaligen FIS-Kaders Hachemi Sahnouni für die Partei des Wandels (FC) von Abdelmajid Menasra. Die Person Sahnounis, der einerseits eine Wahlempfehlung zugunsten eines moderaten Islamisten ausspricht, sich andererseits im salafistischen Milieu engagiert, zeigt, dass die Grenzen zwischen beiden Tendenzen nicht zwingend rigide sein müssen. Das bereits erwähnte Buhlen der islamisti-

schen Parteiorganisationen um die Basis des Ex-FIS, die zumindest teilweise salafistisch ausgerichtet ist, weist in dieselbe Richtung.

3.3. Jihadistische Salafisten profitieren vom „Arabischen Frühling“

Zu den großen Profiteuren des „Arabischen Frühlings“ gehört nicht zuletzt das jihadistische Spektrum Algeriens. Wichtigster Akteur hier ist das Netzwerk Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM), eine Benennung, die 2007 eine der bewaffneten Gruppen des algerischen Bürgerkriegs annahm. Die AQIM verlagerte ihren Aktionsradius zunehmend von Nordalgerien in den algerischen Süden und die Sahelstaaten, wo sie sich zunehmend ausweitete.⁵⁰ Im Zuge dessen ist es zu einer immer stärkeren Verquickung von militanten Salafisten und Akteuren organisierter Kriminalität gekommen. Ein Auswuchs dieser Verbindung ist zum Beispiel das Geschäft mit Entführungen in Südalgerien und im Sahel, das neuerdings neben Ausländern auch algerische Funktionsträger betrifft. Militante Salafisten profitierten in doppelter Hinsicht vom „Arabischen Frühling“. Erstens haben sich mit der partiellen Destabilisierung Tunesiens, mit der kompletten Destabilisierung Libyens und der damit verbundenen Fragilisierung Malis seit 2011 die nicht staatlich kontrollierten Räume ausgeweitet, wodurch sich wiederum die Bewegungsfreiheit der Jihadisten vergrößerte. Zweitens ermöglichte die Anarchie in Libyen den Jihadisten, sich mit Waffen aus den Beständen des Qaddafi-Regimes zu versorgen.⁵¹

Unklar ist, ob sich nur Schlagkraft und Sichtbarkeit bewaffneter Akteure mit religiösem Hintergrund oder auch die Zahl der Akteure vergrößert hat. Mit Blick auf Algerien lässt sich feststellen, dass ihre Aktivitäten tendenziell zugenommen haben.⁵² Zudem sind neue Abspaltungen von AQIM in Erscheinung getreten, wie zum Beispiel beim Anschlag auf eine Zentrale der Gendarmerie mitten in der Stadt Tamanrasset am 3. März 2012.⁵³ Die Beunruhigung insbesondere der algerischen Regierung über diese Entwicklungen lässt sich am hohen Engagement Algeriens in regionalen Initiativen zur Bekämpfung des Terrorismus sowie an zahlreichen neuen Sicherheitsmaßnahmen auf algerischem Territorium ablesen.⁵⁴

4. Perspektiven

Die Umbrüche in einigen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens seit 2011 führten bislang in Algerien weder zu tiefgreifenden Verän-

derungen innerhalb des islamistischen Spektrums noch zu einem Machtzuwachs religiöser Akteure. Die politische Kontinuität in Algerien, die in eklatantem Gegensatz zu den politischen Dynamiken in der Region seit 2011 steht, lässt sich auf mehrere Faktoren zurückführen. Zu nennen sind vor allem

- die historischen Gewalterfahrungen und die daraus resultierenden Traumata der Bevölkerung.
- das politische System mit seinen multiplen Machtzentren, die nicht einfach zu lokalisieren und damit schwer anzugreifen sind. Zudem verfügt das System über politische Ventile wie beispielsweise eine relativ große Pressefreiheit.
- die geschickten Regimestrategien, die auf einen fruchtbaren gesellschaftlichen Boden fallen, und nicht zuletzt auch
- der Ölreichtum, den das Regime einsetzt, um Proteste zu beruhigen.

Kurzfristig ist nicht damit zu rechnen, dass Akteure des religiösen Spektrums mehr politische Gestaltungsmacht bekommen. Im Gegenteil: Die legalen islamistischen Parteien mussten bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 Sitzverluste hinnehmen.

In der neuen Regierung, die auch Ende August 2012 noch nicht stand, werden voraussichtlich keine islamistischen Parteien mehr vertreten sein. Möglicherweise wird mit dem MSP-Dissidenten und langjährigen Minister für öffentliche Arbeiten, Amar Ghoul, ein Islamist ernannt werden. Letztlich spielt es für die algerische Innen- und Außenpolitik derzeit kaum eine Rolle, ob sich Islamisten, deren Agenden von den Nationalisten kaum zu unterscheiden sind, an der relativ machtlosen Regierung beteiligen. Auch in der Opposition werden Islamisten wenig Vetomacht haben, selbst wenn alle im Parlament vertretenen Islamisten kooperieren würden, was derzeit wenig wahrscheinlich ist. Seit den Legislativwahlen vom Mai 2012 scheinen die islamistischen Parteien genauso gelähmt zu sein wie der Rest des politischen Spektrums; das politische Leben in Algerien vermittelt den Eindruck des Stillstands.

Dennoch ist mittelfristig eine Reihe von Entwicklungen denkbar, bei denen sich das politische Gleichgewicht stärker zugunsten von Akteuren des religiösen Spektrums verschiebt:

- Möglich ist eine Politisierung der pietistischen Salafisten. Mit wachsender gesellschaftlicher Relevanz und aufgrund von salafistischen politischen Erfolgen in anderen Staaten könnte die Loyalität zum Regime schwinden und die Abgrenzung zum politischen Salafismus schwächer werden. Dies wäre für das Regime eine erhebliche Herausforderung, da pietistische Salafisten nicht nur in Moscheen, sondern auch an Universitäten, im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft zu finden sind und von einer politischen Betätigung nicht ausgeschlossen werden könnten, da sie in der Regel keine FIS-Vergangenheit haben.
- Denkbar ist zweitens eine taktische oder strategische Kooperation von (politischen) Salafisten und legalen islamistischen Parteien. Diese würde dem religiösen Spektrum mehr Veto- und Mobilisierungsmacht verleihen.
- Drittens könnte sich mit dem Ende der Präsidentschaft Bouteflikas, sei es durch ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt aus gesundheitlichen Gründen oder mit Ablauf seines Mandats 2014, das Gleichgewicht zwischen nationalistischen und islamistischen Akteuren verschieben. Dies könnte dann eintreten, wenn ein charismatischer jüngerer Kandidat aus dem religiösen Spektrum, der weder zum Establishment gehört, noch mit den blutigen Ereignissen der 1990er Jahre in Verbindung gebracht werden kann, die weitgehend entpolitisierte Jugend und Oppositionsgruppen wie die unabhängigen Gewerkschaften, mobilisieren könnte. Derzeit ist ein solcher Kandidat nicht in Sicht. Überdies ist es in Algerien seit der Blütezeit des FIS 1990/1991 keiner politischen Kraft mehr gelungen, die gesellschaftlichen und politischen Fragmentierungsdynamiken auszuhebeln und so viel Druck gegenüber den politischen und militärischen Eliten aufzubauen, dass diese sich zu mehr als nur kosmetischen Konzessionen gezwungen sahen.

Letztlich werden die innenpolitischen Entwicklungen in Algerien maßgeblich davon abhängen, wie die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Bilanz von Staaten der Region mit islamistischen Regierungen und einflussreichen islamistisch-salafistischen Organisationen ausfällt. Sollte die Bilanz positiv sein, könnte die algerische Bevölkerung eher bereit sein, die Kosten und Unsicherheiten eines Umbruchs in Kauf zu nehmen und sich auf ein demokratisches und möglicherweise stärker islamisch ausgerichtetes politisches Experiment einzulassen.

- 1| Dieser Artikel beruht maßgeblich auf Interviews, die im März 2012 mit Vertretern islamischer und islamistischer zivilgesellschaftlicher Akteure und islamistischer Parteien sowie mit Kadern im Religionsministerium und anderen staatlich geförderten Institutionen im religiösen Sektor geführt wurden.
- 2| Vgl. zur Partei das Kurzprofil im Anhang.
- 3| Vgl. dazu das Interview mit dem algerischen Schriftsteller Boualem Sansal in: *Die Zeit*, Hamburg, 3.5.2012 („Arabellion“ am Abgrund).
- 4| Vgl. z. B. *Le Soir d'Algérie*, Algier, 25.10.2011 (Les tendances du vote le confirment: *Péril Islamiste sur la Tunisie*).
- 5| Vgl. z. B. *El Watan*, Algier, 19.4.2012 (L'Algérie n'est pas à l'abri des tentatives de déstabilisation).
- 6| Vgl. Werenfels, Isabelle: *Bouteflika zum Dritten. Stabilitätsgarantie oder Stabilitätsrisiko?*, SWP-Aktuell A04, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011.
- 7| Im Januar 2012 wurde beispielsweise der Mindestlohn um 20 % angehoben. Damit verdoppelte sich der Mindestlohn innerhalb von weniger als drei Jahren.
- 8| Vgl. zur Partei MSP das Kurzprofil im Anhang.
- 9| Vgl. zur Adala-Partei das Kurzprofil im Anhang.
- 10| Artikel 26 der Verordnung vom 27.2.2006 zur Umsetzung der Charta für den Frieden und die nationale Versöhnung verbietet Personen, die „verantwortlich für die Instrumentalisierung der Religion sind und damit zur nationalen Tragödie beigetragen haben“, jegliche politische Aktivität. Artikel 4 des Parteiengesetzes vom 12.1.2012 verbietet allen Personen, die „die Religion missbraucht haben und zur nationalen Tragödie beigetragen haben“, eine Partei zu gründen oder in ihren Führungsgremien zu sitzen.
- 11| Für die algerischen Fragmentierungsdynamiken, ihre politischen, soziokulturellen und historischen Hintergründe, vgl. Werenfels, Isabelle: *Managing instability in Algeria. Elites and political change since 1995*, London/New York 2007, S. 47–78.
- 12| Zur Rolle des Militärs in Algerien, vgl. Roberts, Hugh: *Demilitarizing Algeria*, Carnegie Paper Nr. 86, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, Mai 2007.
- 13| Islamistische Parteien werfen jeweils den anderen vor, vom Geheimdienst manipuliert zu sein. Interviews der Autorin mit Kadern des MSP, der Adala-Partei und dem FC, Algier, März 2012.
- 14| Ein 2003 vom Parlament (in Abwesenheit zahlreicher eher säkular und liberal orientierter Abgeordneten) angenommener Zusatz zum Budget 2004 verbot den Alkoholimport, im Budget 2005 wurde dieser Zusatz wieder gestrichen.
- 15| Vgl. *El Watan*, Algier, 23.12.2011 (L'argent. L'autre religion du MSP), vgl. auch Hachemaoui, Mohamed: *La représentation politique entre médiation clientélaire et prédation (1997–2002)*, in: *Revue Française de Science Politique*, Paris, Band 53, Nr. 1, 2003, S. 35–72.
- 16| Vgl. Echourouk, Algier, 10.4.2012 (Abdelkader Boukhemkhem: «La base du FIS ne votera pour aucun parti»), <http://www.echouroukonline.com/ara/articles/126659.html> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 17| Für eine umfassende Analyse der algerischen Religionspolitik und Reformen im religiösen Sektor vgl. Mattes, Hanspeter: *Die staatliche Religionspolitik in Algerien im Umbruch. Vom Lavieren zur profilierten Steuerung*, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): *Staatliche Religionspolitik in Nordafrika/Nahost. Ein Instrument für modernisierende Reformen?*, Hamburg 2007, S. 57–132.

- 18| Neuerungen wie zum Beispiel ein Exekutivdekret vom März 2012 zu den Aufsichtsstrukturen und den Aufgaben des Religionsministeriums können schlicht als Weiterführung der bisherigen Anstrengungen zur staatlichen Kontrolle über religiöse Akteure und Aktivitäten gelten.
- 19| Interview der Autorin mit Youssef Bin al-Mahdi, Leiter der Abteilung für religiöse Orientierung und Koranunterricht im Religionsministerium, Algier, 14.3.2012.
- 20| Vgl. La Tribune, Algier, 18.3.2012 (Bouteflika appelle les Algériens à voter massivement au scrutin du 10 mai).
- 21| Vgl. El Watan, Algier, 12.3.2012 (Ghlamallah invite les citoyens à aller voter. Les mosquées «requisitionnées par l'administration»).
- 22| Vgl. El Watan, Algier, 29.4.2012 (Ces politiciens qui cherchent les barakas des cheikhs).
- 23| Vgl. Werenfels, Isabelle: Promoting the Good Islam: The regime and Sufi-brotherhoods in Algeria: Simplistic framings-complex realities, in: IPRIS Maghreb Bulletin, Lissabon, Nr. 11, 2011, S. 2–3.
- 24| Islamistische Parteien hatten zum Beispiel zu keiner Anti-Regime-Demonstration aufgerufen. Ihre Anhänger gingen aber teilweise dennoch auf die Straßen. Die MSP nahe Studentenorganisation UGEL (Union Générale des Etudiants Libres) verlor nach eigenen Angaben, im März und April 2011 zeitweise die Kontrolle über die eigenen Aktivisten. Interview der Autorin mit dem Präsidenten der UGEL, März 2012.
- 25| Vgl. El Watan, Algier, 22.12.2012 (Alger scrute sa «vague verte»).
- 26| Interview der Autorin mit Abderrazzak Makri, Vize-Präsident des MSP, Algier, März 2012.
- 27| Das Ziel ist die Vermittlung von Verantwortungssinn, Eigeninitiative, effektiver Arbeitsweise und Wissen. Dazu partizipieren die Teilnehmer über mehrere Jahre regelmäßig an Workshops, die weit über das Religiöse hinausgehen und Kenntnisse und praktische Erfahrung in so diversen Bereichen wie politische Konfliktlösung, bildende und darstellende Kunst sowie Verwaltungswissenschaften vermitteln; vgl. die Webseite <http://jiltarjih.org/arabic/index.php> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 28| Sowohl Vertreter islamistischer Parteien als auch westliche Diplomaten bestätigten im März 2012 eine Zunahme gegenseitiger Kontakte seit 2011. Gesprächspartner im Religionsministerium und aus nichtislamistischen Parteien kritisierten die neue westliche Haltung in Bezug auf islamistische Akteure wie die tunesische Ennahda-Partei, aber auch die algerischen Islamisten und nannten sie „naiv“.
- 29| Vgl. Algérie Presse Service, Algier, 21.5.2012 (Quatorze partis politiques décident de boycotter le nouveau Parlement élu), <http://www.aps.dz/Quatorze-partis-politiques.html> (letzter Abruf: 28.8.2012)
- 30| Zur Person Ali Belhadjs vgl. sein Kurzprofil im Anhang.
- 31| Vgl. Echourouk, Algier, 3.4.2012 (El Hachemi Sahnouni: «Le FIS a donné sa parole à Menasra»), <http://www.echoroukonline.com/ara/mobile/articles/126107.html> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 32| Vgl. Liberté, Algier, 11.2.2012 (Djaballah: «On n'est pas obligé de rester éternellement dans l'opposition»).
- 33| Vgl. z.B. El Watan, Algier, 9.1.2012 (Nahda revendique l'amnistie générale et le départ du gouvernement).
- 34| Interview der Autorin mit Abdelmajid Menasra, dem Vorsitzenden der FC, Algier, 9.3.2012.
- 35| Islamistische und islamisch-nationalistische Parteien haben mehr Frauen in ihren Parteigremien und auf ihren Wahllisten; der PLJ stellte sogar eine Liste nur mit Frauen auf, vgl. Jeune Afrique, Paris, 2.5.2012 (Les égéries voilées des législatives algériennes).

- 36| Vgl. *El Watan*, Algier, 22.12.2011 (*Les Salafistes sont plus populaires*).
- 37| Interviews der Autorin mit den Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden aller legalen islamistischen Parteien sowie dem Präsidenten der Association des Oulémas Musulmans Algériens, Abderrazzak Gues-soum, Algier, März 2012.
- 38| Vgl. z.B. *El Watan*, Algier, 22.12.2011 (*Alger scrute sa «vague verte»*). Ein Kader des Religionsministeriums behauptete gegenüber der algerischen Zeitung *El Watan*, inzwischen seien 90 % der algerischen Moscheen von Salafisten kontrolliert; vgl. *El Watan*, 22.12.2011 (*Les Islamistes: La grande inconnue électorale*). In anderen Artikeln wird behauptet, 30 % der Moscheen seien unter salafistischer Kontrolle, vgl. z.B. *Magharebia.com*, 15.2.2012 (*Algérie: les attaques contre les bars se multiplient*).
- 39| Vgl. hierzu Boubekeur, Amel: *Salafism and radical politics in postconflict Algeria*, Carnegie Paper Nr. 11, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 2008, S. 13–17.
- 40| Vgl. die Webseite von Ferkous <http://www.ferkous.com/site/rep/index.php> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 41| Das neue Vereinsgesetz vom Januar 2012 enthält in Artikel 2 einen Absatz, der viel Interpretationsspielraum und damit Möglichkeiten zur Nicht-Akkreditierung offen hält, indem er vorschreibt, dass Ziele und Aktivitäten von Vereinen den „nationalen Konstanten und Werten“ nicht zuwiderlaufen dürfen.
- 42| Vgl. zur Person das Kurzprofil im Anhang.
- 43| Vgl. *El Watan*, Algier, 22.12.2011 (*Alger scrute sa «vague» verte*).
- 44| Vgl. *Ennaharonline.com*, Algier, 5.5.2011 (Cheikh Ferkous: «Les victimes des manifestations ne sont pas des martyrs», <http://ennaharonline.com/fr/news/7328.html> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 45| Inwieweit die Hizb al-tahrir auch in Algerien eine (wachsende) Basis hat, ist angesichts ihres Verbots in Algerien nicht zu eruieren.
- 46| Vgl. Amghar, Samir: *Le salafisme au Maghreb: menace pour la sécurité ou facteur de stabilité politique?*, in: *La Revue Internationale et Stratégique*, Paris, Nr. 67, 2007, S. 40–51.
- 47| Vgl. *Tsa-Algérie.com*, 20.2.2012 (Ali Belhadj arrêté devant l'ambassade de Syrie), http://www.tsa-algerie.com/divers/ali-belhadj-arrete-devant-l-ambassade-de-syrie_19545.html (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 48| Vgl. *Tsa-Algérie.com*, 1.6.2011 (El Hachemi Sahnouni formule dix propositions pour une sortie de crise), http://www.tsa-algerie.com/politique/el-hachemi-sahnouni-formule-dix-propositions-pour-une-sortie-de-crise_15924.html (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 49| Vgl. *Tsa-Algérie.com*, 9.12.2011 (Ali Belhadj arrêté dans une mosquée à Kouba), http://www.tsa-algerie.com/politique/ali-belhadj-arrete-dans-une-mosquee-a-kouba_18514.html (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 50| Vgl. hierzu Steinberg, Guido/Werenfels, Isabelle: *Al-Qaida im Maghreb. Trittbrettfahrer oder neue Bedrohung?*, SWP-Aktuell A11, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2007.
- 51| Vgl. weiterführend Cristiani, Dario: *Missiles, money and migration: The impact of the Libyan crisis on the African Sahel*, in: *Terrorism Monitor*, Washington D.C., Band 9, Nr. 15, 14. April 2011; Lacher, Wolfram/Tull, Denis M.: *Die Folgen des Libyenkriegs für Afrika. Gräben zwischen AU und dem Westen, Destabilisierung der Sahelzone*, SWP-Studie Nr. 8, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2012.
- 52| Vgl. hierzu *Algeria 2012 Crime and Safety Report*, Washington D.C., 16.2.2012, <http://www.osac.gov/Pages/ContentReportDetails.aspx?cid=11999> (letzter Abruf: 28.8.2012).

- 53| Für diesen Anschlag übernahm eine Gruppe namens „Einheit und Jihad in West-Afrika“ die Verantwortung.
- 54| Vgl. Mattes, Hanspeter: *Domestic security in the Maghreb: Deficits and counter-measures*, GIGA Working Paper Nr. 186, Hamburg: GIGA, 2012, S. 10–15.